

möglich ist. Stellt man einem DDR-Bürger die Frage, ob er wünscht, daß sich die Monopol- $\$$ herren unsere volkseigenen Betriebe und die Junker das Land der Genossenschaftsbauern einverleiben, wird er in jedem Fall mit „Nein“ antworten. Damit hat er sich für eine Gesellschaftsordnung entschieden, die erstmalig in der deutschen Geschichte die Menschenwürde garantiert, weil auf unserem Territorium die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgeschafft und die Arbeiterklasse im Bündnis mit den Genossenschaftsbauern und allen anderen werktätigen Schichten den Staat regiert. In Westdeutschland heimsen einige hundert Millionen und Milliarden das ein, was des Volkes Kopf und Hände schaffen. In unserem Staat wächst die sozialistische Menschengemeinschaft. Im Bonner Staat stört das Wolfsgesetz des Kapitalismus die Beziehungen zwischen den einzelnen Schichten der Bevölkerung.

Welten trennen den ersten deutschen Friedensstaat von dem staatsmonopolistischen Herrschaftssystem in Westdeutschland, seiner Revanchepolitik und Atomstrategie. Diese beiden deutschen Staaten lassen sich nicht durch einen Federstrich vereinigen. Auf dem VII. Parteitag wurde dargelegt, daß wir die Wiedervereinigung nicht „abgeschrieben“ haben, wie es die reaktionäre Zweckpropaganda gern behauptet. Aber der Weg wird lang und schwierig sein.

Auch darüber muß sich jeder Bürger der DDR klar sein. In seiner programmatischen Rede sagte Genosse Walter Ulbricht dazu: „Als Vertreter des wissenschaftlichen Sozialismus, vertraut mit dem 120jährigen Kampf der deutschen Arbeiterklasse, wissen wir, daß die Überwindung der friedensfeindlichen militaristischen und neonazistischen Kräfte nur im Kampf um die elementarsten demokratischen Forderungen und durch den Zusammenschluß und die Verständigung aller demokratischen Kräfte von der Vorhut der Arbeiterklasse bis zu den werktätigen Bauern und der fortschrittlichen Intelligenz möglich ist. Dieser demokratische Kampf wird sich zu der großen deutschen Umwälzung in Westdeutschland entfalten, in welchem das Schicksal der militaristischen und neonazistischen Kräfte besiegelt wird.“

Wir müssen allen unseren Bürgern offen sagen, daß das Beharren der Kiesinger Strauß-Regierung auf dem Alleinvertretungsanspruch, die Nichtanerkennung der Grenzen in Europa, auch der Grenzen der DDR, das größte Hindernis für eine Entspannung und Verständigung darstellen.

Das Interesse unserer Bürger an der Innen- und Außenpolitik unserer Deutschen Demokratischen Republik ist groß. Es ist daher wichtig, in den öffentlichen Versammlungen und sonstigen Ver-



Genosse Helmuth Bernhöft (im Bild rechts) Parteisekretär des Wohnungsbaukombinats Schwerin, informiert sich in seiner Eigenschaft als Abgeordneter der Volkskammer auf den Baustellen des Neubauviertels Schwerin-Lankow über den Stand der Arbeiten.

Foto: Zentralbild

anstaltungen, im persönlichen Gespräch in der Hausgemeinschaft oder am Arbeitsplatz alle Fragen der Bevölkerung mit hohem Wissen und mit großer Geduld zu beantworten. Was manchem fleißigen und klugen Menschen heute klar ist, kann sich morgen in seinem Kopf schon wieder verwirrt haben. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Gegner des Fortschritts und des friedlichen Nebeneinanderlebens täglich über Fernsehen und Rundfunk ihr Gift verspritzen und wir können damit rechnen, daß diese Versuche der ideologischen Diversion in der nächsten Zeit und mit unseren wachsenden Erfolgen sich noch verstärken werden.

Die Ausschüsse stärken

Eine Aufgabe, die die Kreisleitungen und Grundorganisationen stets im Auge behalten sollten, ist die Stärkung der Ausschüsse der Nationalen Front. Erfahrene und politisch gut ausgerüstete Genossen sollten in die Ausschüsse der Nationalen Front delegiert werden. Solche Parteimitglieder müssen die Fähigkeit besitzen, einen guten Kontakt zu den Menschen zu halten, die Hinweise und Vorschläge der Vertreter anderer befreundeter Parteien und Massenorganisationen schnell aufzunehmen und in die Wahlvorbereitungen einfließen zu lassen, wie überhaupt mit ihnen eng zusammenzuarbeiten.